



Berufsbildung braucht neue Impulse Entwicklungspolitische Bedeutung muss gestärkt werden

► Die Bildungs- und Berufsbildungsförderung nahm in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit schon immer eine hohe Priorität ein, hat aber in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Gerade in Zeiten knapper finanzieller Mittel wird ein Kompetenzzentrum, das die theoretischen und methodischen Grundlagen auf der Basis umfassender Programmevaluation weiterentwickelt, dringend benötigt. Der Beitrag gibt einen kurzen historischen Rückblick auf die deutsche Berufsbildungsförderung und charakterisiert das derzeitige Leistungsangebot der Berufsbildungshilfe im Zusammenhang mit den neuen Herausforderungen, denen sie sich stellen muss.



REINHARD STOCKMANN
Prof. Dr., Lehrstuhl für Soziologie an der
Universität des Saarlandes, Saarbrücken
Leiter des Centrums für Evaluation (CEval)

Bildung ist eine Schlüsselressource zur persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Einsicht ist weit verbreitet. Deshalb streben in nahezu allen Ländern der Welt Menschen nach allgemeiner, beruflicher und möglichst auch weiterführender Bildung. Sie versprechen sich davon nicht nur den Erwerb von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, sondern auch qualifizierte Arbeitstätigkeiten, beruflichen Aufstieg, höheres Einkommen und sozialen Statusgewinn. Auch Staaten und Gesellschaften bemühen sich, das Bildungs- und Ausbildungsniveau ihrer Bevölkerung zu erhöhen. Es werden enorme Haushaltsausgaben aufgewendet, um die entsprechende Infrastruktur zu entwickeln. Es herrscht die Auffassung vor, dass ein gesellschaftlich höheres Bildungsniveau die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt. Das Vorhandensein schulisch gebildeter und beruflich ausgebildeter Fachkräfte soll Investoren anlocken und vor allem in den modernen Wirtschaftssektoren Arbeitsplätze schaffen.

Die Regierungen der Entwicklungs- und Transformationsländer stehen deshalb vor einer schwierigen Aufgabe: Die gesellschaftliche Nachfrage nach Bildungs- und Ausbildungsplätzen ist hoch – insbesondere in Ländern mit einem starken Bevölkerungsdruck –, internationale und globale Märkte fordern die rasche Entwicklung moderner Wirtschaftssektoren, um konkurrenzfähige Produkte erzeugen zu können, und gleichzeitig soll eine in der Regel hohe Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung bekämpft werden. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) versucht die Regierungen von Entwicklungs- und Transformationsländern in ihren Reformbemühungen zu unterstützen. Die Bildungs- und Berufsbildungsförderung nahm in der deutschen EZ schon immer eine hohe Priorität ein. Allerdings hat die finanzielle Förderung der beruflichen Bildung im letzten Jahrzehnt deutlich abgenommen. Wurden 1990 noch 183 Mill. Euro aufgewendet, waren es 2001 nur noch 85 Mill. Euro. Die Entwicklung korrespondiert mit einer Abnahme der Bildungsförderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) insgesamt.

Berufsbildungsförderung mit langer Tradition

Hier soll es vor allem um die Berufsbildungsförderung gehen, die in Deutschland eine lange Tradition hat. Die ersten Vorhaben der EZ waren Berufsbildungsprojekte. Auch heute noch werden sie von den Partnerländern in hohem Maße nachgefragt. Derzeit führt allein die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gemeinsam mit ihren Partnern in 77 Staaten rund 150 Berufsbildungsprojekte durch. Die Grundlage für diese Projekte bilden entwicklungspolitische Grundsatzpapiere sowie Sektor- und Länderkonzepte.

Die erste Phase der Berufsbildungshilfe stand ganz im Zeichen des sich in Deutschland vollziehenden „Wirtschaftswunders“. Entwicklung wurde mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Durch den Aufbau von Sachkapital und durch technische Beratung sollten die Produktivität und Kaufkraft der Entwicklungsländer an das Niveau der Industrieländer herangeführt werden. Die Förderung konzentrierte sich auf Sekundarschüler, „die den volks- und betriebswirtschaftlich größten Nutzen der eingesetzten knappen Mittel versprechen“ (RYCHETSKY und GOLD 1991:6). Die Ausgebildeten sollen Schlüsselpositionen in Betrieben des modernen Sektors einnehmen und damit eine Verbreitung des Know-hows und des entsprechenden Arbeits- und Produktionsverhaltens bewirken. Da eine hierfür angemessene betriebliche Infrastruktur nicht gefunden werden konnte und bei den Unternehmen ein mangelndes Verantwortungsbewusstsein konstatiert wurde, wurden in den 60er Jahren vor allem Technische Schulen und Gewerbeschulen der Erziehungsministerien gefördert. Ziel war es, Modellschulen aufzubauen, die als Prototypen für alle anderen Technischen Schulen eines Landes dienen sollten. Doch die Initialzündung blieb aus, vor allem weil das deutsche Konzept viel zu teuer war.

Trotz umfangreicher entwicklungspolitischer und reformpädagogischer Debatten änderte sich die Berufsbildungsprogrammatische bis in die 80er Jahre kaum. Weiterhin stand die Ausbildung in technischen „Modernisierungsberufen“ zum industriellen Aufbau im Vordergrund. Erst mit dem Sektorkonzept von 1992, das auch heute noch Gültigkeit beansprucht, konnte eine deutliche programmatische Wende eingeleitet werden. Die berufliche Bildung wurde nicht mehr einseitig als ein Mittel zur Humankapitalbildung und als Instrument zur Qualifizierung des Fachkräftebedarfs der Industrie begriffen, sondern auch als ein Instrument zur persönlichen Entfaltung des Menschen. Der dualen Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern wurde endlich Rechnung getragen, indem sowohl dem Bedarf an Fach- und Führungskräften durch praxisorientierte Ausbildungsangebote als auch den Bedürfnissen und Erwerbsmöglichkeiten der Menschen im informellen Sektor durch spezifische Ausbildungsangebote entsprochen werden soll.

In der Förderrealität hatte sich schon Mitte der 80er Jahre ein Wandel vollzogen: Zunehmend hatte die berufliche Ausbildungsförderung versucht, die Betriebe in die Ausbildung zu integrieren. Die Deutschen besannen sich auf ihre historischen Wurzeln und erhoben fortan die duale Ausbildungsform zum Leitbild ihrer Förderpolitik. Während man sich in den 80er Jahren und auch noch Anfang der 90er Jahre auf die Fahnen schrieb, das duale Berufsbildungssystem – natürlich in adaptierter Form – zu übertragen, geht man heute bescheidener von der Integration dualer Systemelemente aus. In dieser Phase der Berufsbildungsforschung gewann erstmals der „Systemansatz“ an Bedeutung. Die Projekte sollten nicht nur einzelne Modellschulen fördern, sondern auf nationaler Ebene Ausbildungssysteme reformieren. Evaluationen haben gezeigt, dass dieser hohe Anspruch bisher nur rudimentär umgesetzt werden konnte (vgl. STOCKMANN 1996 und STOCKMANN u. a. 2000). Nach wie vor dominiert in den implementierten „dualen“ Modellen der staatliche Einfluss.

Eine den Verhältnissen im Land angepasste Reformkonzeption hat oberste Priorität für die angestrebte Nachhaltigkeit

Der Anspruch, duale Systemelemente in bestehende berufliche Ausbildungssysteme zu integrieren, trifft zum Teil auf wenig interessierte Unternehmen, die ihre Prioritäten ganz anders setzen und für längere Ausbildungszeiten kaum Interesse aufbringen. Oft mangelt es auch an den entsprechenden korporatistischen Strukturen der privaten Wirtschaft, und es fehlt in der Gesellschaft der Sinn für den Wert beruflicher Ausbildung.

Berufliche Ausbildung kann sogar sozialen Sprengstoff in die Betriebe transportieren. Wenn es z. B. bisher üblich war, nicht nach Leistung, sondern das Gehalt nach Alter zu staffeln, und nun der gut ausgebildete Lehrling mehr weiß als sein Meister und deshalb auch besser bezahlt werden möchte, kann dies zu einer enormen Belastung des sozialen Betriebsklimas führen.

Wie auch in anderen Förderbereichen zeigt sich, dass eine den vorherrschenden sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Reformkonzeption oberste Priorität haben muss, wenn sie langfristig Nachhaltigkeit erzielen soll! Hinzu kommt, dass die Konzentration auf die berufliche Langzeitausbildung und die Reform von Berufsbildungssystemen dazu führen kann, wichtige andere Ziele,

die auch im Sektorkonzept von 1992 genannt werden, zu vernachlässigen wie z. B. die Integration der Menschen ohne oder mit nur geringer schulischer Vorbildung, die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für das Heer von Arbeitslosen, das Entstehen eines breiten privaten Ausbildungsmarktes etc.

Neue Herausforderungen für die Förderung

Globalisierungsprozesse, die Anforderungen der „Wissensgesellschaft“, „neue“ an nachhaltiger Entwicklung orientierte entwicklungspolitische Grundvorstellungen, „neue“ entwicklungspolitische Handlungsmaximen (Strukturbildung, Schwerpunktkonzepte) und eine stärker koordinierte Geberzusammenarbeit stellen die deutsche Berufsbildungsförderung vor neue Herausforderungen, die darauf mit einer breiten Angebotspalette antwortet:

- Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit werden vor allem Investitionen für den Bau bzw. die Ausstattung von Fort- und Ausbildungsstätten geleistet.
- Die technische Zusammenarbeit hat aus der Konzentration der Förderung von Einzelprojekten ein breites integriertes Instrumentarium entwickelt. Es umfasst u. a.:
 - Systementwicklung
 - Ausbau institutioneller Kapazitäten
 - Planung und Aufbau von Berufsbildungsinstitutionen
 - Förderung benachteiligter Gruppen
- Die InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH – und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) führen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern durch.
- Mithilfe des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) werden Entwicklungshelfer und erfahrene Fachkräfte zur Überbrückung von Personalengpässen in Organisationen der Entwicklungsländer vermittelt.
- Auch Nicht-Regierungsorganisationen engagieren sich von der Systemberatung (z. B. Hanns-Seidel-Stiftung) bis zur Armutsbekämpfung (z. B. Kirchen) im Feld der beruflichen Bildung.

Kennzeichnend für diese Angebotspalette ist neuerdings ihre enge Vernetzung mit dem Ziel der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Berufsbildung wird eingeordnet in den neuen entwicklungspolitischen Schwerpunkt „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft“ (WiRAM). Diese am Leitbild einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ausgerichtete Strategie soll für nachhaltiges Wachstum sorgen und so einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Konstitutiv für dieses Leitbild sind nach Auskunft des BMZ u. a. Elemente wie Privatsektor-

fokussierung, Wachstumsorientierung, ökologische Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, Sozialpartnerschaft, Wettbewerb, Teilprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen etc.

Die berufliche Aus- und Fortbildung wird neben Wirtschaftsberatung, Sozialpolitik, Entwicklung des Privatsektors und Finanzsektorreformen zu einem Handlungsfeld einer integrierten und konzertierten Entwicklungspolitik, die endlich Strukturen verändern will.

Die selbst formulierten Anforderungen an die berufliche Bildung (FACHLICHE LEITLINIEN DER GTZ ZUR BERUFLICHEN BILDUNG 2000) sind hoch gesteckt. Der Erfolg der Berufsbildungsförderung soll daran gemessen werden „ob und wie weit es gelingt, dauerhafte und auch im Einzelfall nachweisbare positive Beschäftigungseffekte zu erreichen“. Bedarfe sollen genau ermittelt werden, um Ressourcen und Zeit nicht zu verschwenden. Durch Angebote im „non-formalen“ Bereich soll größeren Bevölkerungsgruppen die Teilhabe am wirtschaftlichen Entwicklungsprozess ermöglicht werden. Fördermaßnahmen sollen breitenwirksam, komplementär, subsidiär und nachhaltig sein. Maßnahmen sollen auf den verschiedenen Ebenen des Systems beruflicher Bildung gleichzeitig ansetzen und zudem mit Fördermaßnahmen in anderen Sektoren vernetzt sein. Im Rahmen von „Public Private Partnership“ sollen Staat, Wirtschaft und andere gesellschaftliche Gruppen zur intensiveren Zusammenarbeit veranlasst werden.

Zudem will die Berufsbildungsförderung Partnerorganisationen dazu befähigen „ihre Problemlösungskompetenz kontinuierlich zu verbessern, um damit zugleich flexibel und angemessen auf die Veränderungen der Leistungsanforderungen an berufliche Bildung reagieren zu können“. Damit wird auch ein Nachhaltigkeitsanspruch formuliert, der die eingeschränkten BMZ- und GTZ-Definitionen erfreulich übersteigt (vgl. STOCKMANN u. CASPARI 2001). Mit dieser Neuausrichtung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und der Integration der Berufsbildungsförderung in WiRAM sind jedoch Gefahren verbunden: Die Berufsbildung wird mit neuen Ansprüchen und Forderungen überfrachtet und die Zusammenarbeit letztlich erschwert.

In der Reduzierung der Berufsbildungsförderung zu einem Handlungsfeld von WiRAM wird ihr genau die Flexibilität geraubt, die notwendig ist, um erfolgreich zu sein. Die vielleicht wichtigste Lehre aus 40 Jahren Entwicklungszusammenarbeit ist so einfach wie wichtig: Entwicklungspolitische Lösungen müssen an die kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes angepasst sein. Deshalb müssen berufsbildungspolitische Lösungen für ein spezifisches Land keineswegs gleichzeitig der Wirtschaftsreform und dem Aufbau der Marktwirtschaft dienen. Nachhaltig erfolgreiche Entwicklungspolitik muss sich an den Zielhierarchien der Partnerländer ausrichten. Neben diesem überzogenen normativen Anspruch von

WiRAM, der dem Prinzip der Partnerorientierung in der EZ widerspricht, besteht zudem die Gefahr, dass eine Gestaltungskraft suggeriert wird, die unmöglich eingelöst werden kann. WiRAM ist so komplex, dass gar nicht alle Handlungsfelder und -ebenen bedient werden können – so wünschenswert dies auch wäre. Allein um den Aspekt der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung voranzutreiben, müssten z. B. mehrere Ministerien, nachgeordnete Organisationen und die Privatwirtschaft koordiniert werden.

Woher soll diese Steuerungskompetenz auf einmal kommen? In den meisten Ländern, in denen Berufsbildungsförderung geleistet wird, sind kaum das Erziehungs- und das Arbeitsministerium zur konstruktiven Zusammenarbeit zu bewegen. WALLENBORN (2002:11) weist deshalb zu Recht darauf hin, dass das eigene Leistungsprofil unglaubwürdig wird, wenn mit Hilfe multisektoraler Definitionen eine Gestaltungskompetenz vorgespielt wird, die in der Realität nicht eingelöst werden kann.

Nochmals: Eine zentrale Erkenntnis der EZ ist, dass Geberorganisationen nur einen strukturell beschränkten Beitrag zur Lösung von Systemproblemen leisten können, und dies auch nur dann, wenn er systemisch eingepasst ist und dem Willen und den Bedürfnissen der Stakeholder entspricht. Es nützt nichts, auch noch so tolle, im eigenen Land erprobte Konzepte – seien es die duale Berufsausbildung oder die in WiRAM festgesetzten Marktwirtschaftsprinzipien – vor sich her zu tragen. Es gilt die Realität in den Entwicklungsländern zu erkennen. Es gilt die Anfragen der Entwicklungsländer um Unterstützung ernst zu nehmen.

Die „neuen“ Anforderungen an die Berufsbildungsförderung sind deshalb im Grunde immer noch die alten:

1. Vernetzte und aufeinander abgestimmte Programme sind wünschenswert, doch sie müssen auch mit den Zielen des Partners, seinen institutionellen und organisatorischen Fähigkeiten sowie den vorherrschenden soziokulturellen Werten, Normen und Strukturen in Einklang stehen.
2. Für die Gestaltung von Vorhaben sind genaue Analysen (Feldstudien), die die verschiedenen Ebenen und Bereiche der Förderung sowie ihre Zusammenhänge untersuchen, notwendig. Für die Steuerung und Wirkungsbeobachtung sind begleitende Monitoring- und Evaluationsverfahren unverzichtbar.
3. Systemveränderung ist nicht allein über Systemberatung zu erzielen. Anschauliche Pilotvorhaben, in denen der angestrebte Wandel konkret demonstriert wird, sind begleitend durchzuführen.
4. Nachhaltige Systemveränderung benötigt leistungsfähige Institutionen und qualifiziertes Personal. Entsprechende Fördermaßnahmen müssen Hand in Hand gehen.
5. Die Berufsbildungsförderung darf sich nicht länger auf den industriellen und technisch-gewerblichen Sektor konzentrieren. Auch Entwicklungsländer wandeln sich

Ziel der Berufsbildungsförderung: Erreichen nachweisbarer und dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse

zu Dienstleistungsgesellschaften! Die Förderung des tertiären Sektors ist zumeist gleichzeitig auch Frauenförderung. Es gibt viele Partneranfragen (z. B. im Bereich Tourismus), die von der Berufsbildungsförderung bisher ignoriert werden.

6. Im Rahmen des „basket funding“ bestehen gute Chancen, das Feld der beruflichen Bildung für sich zu gewinnen und seine in der EZ einmalige Expertise einzubringen. Dies geht jedoch nur, wenn man der Berufsbildungsförderung auch einen eigenständigen Stellenwert einräumt und sie nicht nur im Pauschalangebot von WiRAM „anbieten“ möchte.
7. Die Berufsbildungsförderung benötigt deshalb sowohl ein eigenständiges klares Profil als auch ein Vernetzungskonzept. Hierfür ist in der deutschen EZ auch ein klares Aufgabenprofil für die in der Berufsbildungsförderung beteiligten Institutionen zu erarbeiten. Ein Gutachten zu den Perspektiven der Programmarbeit der EXZGB (jetzt Teil von INWENT) macht hier Vorschläge (vgl. FREY, KRAPP, STOCKMANN 2002).

Kompetenzzentrum Berufsbildungsförderung fehlt

Diese Anforderungen treffen auf eine in den letzten Jahren geschwächte Berufsbildungsförderung:

Nicht nur die finanziellen Mittel für Berufsbildungsprojekte wurden trotz weiterhin hoher Nachfrage der Partnerländer reduziert, sondern die GTZ hat ihre Planungs- und Entwicklungsabteilung (P+E), also ihre zuständige Fachabteilung, immer weiter ausgetrocknet. Die Dezentralisierung der Strukturen hat zudem zu einer Zersplitterung des fachlichen Know-hows geführt, die trotz aller modernen Kommunikationstechnologie nicht aufgefangen werden konnte. Die Vorstellung, man könne sich fachliches Wissen einfach von „außen zukaufen“, ist ein Irrweg. Wer dies glaubt, unterschätzt die Expertise und den über Jahrzehnte in der GTZ angehäuften Erfahrungsschatz. Dieser Verlust an Kompetenz ist um so schwerwiegender, als die deutsche Berufsbildungsförderung mit ihrer „dualen“ Orientierung im Kreuzfeuer anderer Geberorganisationen liegt, die andere Konzepte bevorzugen.

Literatur zum Thema

- BMZ: BMZ-aktuell. Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung. Nr. 096/April 1999
- FREY, K.; KRAPP, S.; STOCKMANN, R.: Perspektiven der ZGB-Programmarbeit. Gutachten im Auftrag der DSE/ZGB 2002
- HÖHNS, G.: Weiterentwicklung von Instrumenten für Berufsbildungsberatung im Ausland auf der Grundlage einer Nachhaltigkeitsanalyse von TRANSFORM-Projekten. Zwischenbericht. BIBB, Bonn 2003
- MEININGER, K.-D.; HRSG: SCHMIDT, P.-M.: Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung. In: Wirtschafts- und Berufserziehung 54 (2002), S. 16–20
- RYCHETSKY, H.; GOLD, E.: Tendenzen in der beruflichen Bildung. Herausforderungen an die Bildungsplanung in Entwicklungsländern. In: gtz-info 4/1991, S. 6–12
- STOCKMANN, R.: Dreißig Jahre Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsbildung: Programme, Konzepte und ihre Umsetzung. In: Zeitschrift für internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung, 10 (1994) 2, S. 229–323
- STOCKMANN, R.: Die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe. Eine Evaluation der Nachhaltigkeit von Programmen und Projekten der Berufsbildung. Opladen 1996
- STOCKMANN, R.: Duale Berufsbildungsmodelle in Entwicklungsländern. Typologie der Implementationsversuche und ihrer Strategien. In: Zeitschrift für Internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung, 16 (1999) 1, S. 253–285
- STOCKMANN, R.; KRAPP, S.: Konzepte der Bildungsförderung und ihre Umsetzung in den Entwicklungsländern. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 90 (1994) 4, S. 335–360
- STOCKMANN, R.; MEYER, W.; KRAPP, S.; KÖHNE, G.: Wirksamkeit deutscher Berufsbildungszusammenarbeit. Ein Vergleich staatlicher und nicht-staatlicher Programme in der Volksrepublik China, Wiesbaden 2000
- STOCKMANN, R.; CASPARI, A.: Nachhaltigkeit deutscher EZ-Projekte. Eine operationale Nachhaltigkeitsdefinition und ihre Anwendung. In: Epd-Entwicklungspolitik 14/2001
- WALLENBORN, M.: Zehn Jahre „Sektorkonzepte Berufliche Bildung“ – Von der Fortbildung zur internationalen Personalentwicklung. In: DSE (Hrsg.): Internationale Personalentwicklung in der beruflichen Bildung, Mannheim 2002

Dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren im Rahmen der Harmonisierung der europäischen Berufsbildungssysteme weiter verschärfen. Denn auch in Europa steht die duale Ausbildung in Konkurrenz zu anderen Ausbildungssystemen. Die Kritik am dualen System – von der bürokratischen Überfrachtung bis zum Lehrstellenmangel – wird weiter dazu beitragen, die Funktionstüchtigkeit und den Nutzen des deutschen Berufsbildungssystems und den Export seiner Systemelemente in Zweifel zu ziehen.

In dieser Konkurrenz- und Krisensituation tritt der Mangel an systematischer Aufarbeitung der Ergebnisse, Wirkungen und Nachhaltigkeit der Berufsbildungsförderung besonders deutlich zu Tage. Die Ausdünnung der Planungs- und Entwicklungsabteilung der GTZ als fachliches „Gehirn“ in der Berufsbildungsförderung wurde von keiner Stelle aufgefangen. Weder von Forschungseinrichtungen,

Universitäten oder gar Consultings. Auch nicht vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), das in den letzten Jahren stark in Transformationsländern aktiv war und sich zunehmend als Juniorpartner der GTZ empfiehlt. Insgesamt wurden von 1992 bis 2001 im Rahmen des TRANSFORM-Programms über 100 Projekte mit einem Mittelvolumen von über 20 Millionen Euro vom BIBB betreut. Mit Hilfe von fachlicher Systemberatung, gezieltem Informationsaustausch und der Durchführung von Modellprojekten wurden Reformen in den Ausbildungssystemen ausgewählter mittel- und osteuropäischer Staaten (MOES) eingeleitet oder unterstützt. Mittlerweile sind diese Projekte alle abgeschlossen. Aber kaum jemand weiß etwas über ihre Nachhaltigkeit. Bisher wurden erst zwei Projekte (von 100!) einer Nachhaltigkeitsevaluation unterzogen, die zu spannenden Ergebnissen führte und auch die Berufsbildungsförderung bereichern könnte (vgl. HÖHNS 2003). Allerdings war die Fallzahl mit zwei Projekten viel zu klein, um beurteilen zu können, ob die Befunde auch generalisierbar sind. Obwohl die 100 Projekte des BIBB einen einmaligen Erfahrungsschatz darstellen, scheint niemand an seiner Hebung interessiert zu sein.

Auch andere Durchführungsorganisationen wie Kirchen, Vereine und Stiftungen führen Berufsbildungsprojekte durch. Doch die Erfahrungen, die dabei gemacht werden, werden nirgendwo gesammelt, evaluiert und auf Best-Practice-Modelle hin ausgewertet. In Deutschland fehlt ein Zentrum für die übergreifende Systematisierung und Weiterentwicklung der internationalen Berufsbildungsförderung. Ein solches Kompetenzzentrum könnte vor allem der Aufarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse der internationalen Berufsbildungsforschung als auch der praktischen Erfahrungen der Geber und Durchführungsorganisationen dienen, um sie für die Berufsbildungsförderung nutzbar zu machen. Auf der Basis umfassender institutioneller Analysen und Programmevaluationen könnten theoretische und methodische Grundlagen erarbeitet werden, um die Berufsbildungsförderung zielgerichtet weiterzuentwickeln. Ein solches Zentrum könnte für Wissensakkumulation und Wissenstransfer sorgen.

Da aus öffentlichen Kassen für ein solches Projekt kaum finanzielle Mittel zu erwarten sind, könnte eine solche Einrichtung als GmbH gegründet werden, getragen von all den Organisationen, die sich im Bereich der Berufsbildungsförderung praktisch oder wissenschaftlich betätigen. Infrage kämen z. B. das BIBB, die GTZ sowie Stiftungen und Verbände, die berufliche Bildung fördern, sowie entsprechende wissenschaftliche Einrichtungen. Die Gründung eines solchen Kompetenzzentrums würde nicht nur dazu beitragen, der Berufsbildungsförderung wieder eine klare Richtung und den nötigen fachlichen Rückhalt zu geben, sondern auch die Position der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen und insbesondere auch europäischen Berufsbildungsdiskussion zu stärken. ■